

SVP durchkreuzt freisinnige Strategie

Bürgerliche treten getrennt zur Regierungswahl in Basel an – Hoffnungen der FDP ruhen auf 35-Jährigem

Basels bürgerliche Parteien werden die angepeilte Mehrheit in der Regierung zwar kaum erreichen. Immerhin hat die FDP mit dem 35-jährigen Baschi Dürr einen Hoffnungsträger.

Esther Jundt, Basel

Das bürgerliche Lager ist in Basel seit dem Aufkommen der SVP gespalten. Die traditionellen bürgerlichen Parteien FDP, LDP und CVP schafften es bisher nicht, die inzwischen stärkste bürgerliche Kraft einzubinden. Der Grund dafür liegt bei CVP und SVP, die nicht zusammen antreten wollen. Die CVP, die sich im letzten Jahr bei einigen Wahlgängen mit den Mitteparteien EVP, GLP und BDP verbündet hatte, fand nun – zur Sicherung des Regierungssitzes – wieder in den Schoss von FDP und LDP zurück.

Die Hoffnung dieser Parteien, die SVP werde angesichts ihrer geringen Wahlchancen auf eine Beteiligung an den Regierungswahlen verzichten, hat sich nun zerschlagen. Die SVP hat mit den Grossräten Lorenz Nägeli und Patrick Hafner zwei Kandidaten nominiert. Hinzu kommt, dass die Grünliberalen den 32-jährigen Grossrat Emmanuel Ullmann aufstellen. Er begann seine politische Karriere bei den Freisinnigen und wechselte 2010 zur GLP.

In die Wahlen steigen sechs bisherige Regierungsmitglieder. Einzig Polizei- und Justizdirektor Hanspeter Gass (fdp.) tritt zurück. Auf einer Viererliste kandidieren Gesundheitsdirektor Carlo Conti (cyp.), der seit 12 Jahren im Amt sitzt, Erziehungsdirektor Christoph Eymann (ldp.), seit 11 Jahren im Amt, sowie neu die Freisinnigen Baschi Dürr und Christophe Haller.

Provokationen und Zivildienst

Für die Sozialdemokraten wollen Finanzdirektorin Eva Herzog, Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels und Wirtschafts- und Sozialdirektor



Hat auch schon an eine Karriere bis in den Bundesrat gedacht: FDP-Regierungsratskandidat Baschi Dürr. (Basel, 26. April 2012)

Christoph Brutschin wieder gewählt werden. Nominiert wurde zudem der grüne Regierungspräsident Guy Morin, der wie Herzog seit 2005 der Regierung angehört.

Nebst dem frei werdenden freisinnigen Sitz wollen sowohl die SVP wie auch die FDP das Regierungspräsidentium erobern und die rot-grüne Mehrheit ablösen. Die beste Chance, in die Regierung gewählt zu werden, hat der 35-jährige Dürr. Er bezeichnet sich als ambitioniert und konsensfähig. Er könne Allianzen schmieden und wolle eine liberale Politik im Regierungsrat betreiben. «Liberal» ist sein Credo, weshalb er in der lokalen Presse abwechselnd als «sozialliberal», «wirtschafts-

liberal», «linksliberal» und «gesellschaftsliberal» bezeichnet wird. Darüber mokiert sich Dürr auf seiner Facebookseite: «Sofern es den Anhang liberal trägt, lasse ich mir jedes Adjektiv anhängen.»

Dürres politische Karriere begann mit 18 Jahren bei der Jungpartei der LDP, die er später auch präsierte. In jener Zeit sorgte die Jungpartei für einen Wirbel. Sie war in verschiedenen Politikbereichen anderer Meinung als die Mutterpartei. Diese war zuweilen wenig erbaut, liess die Jungen jedoch gewähren. Als die Nachwuchssektion der LDP aber vehement die Fusion mit den Freisinnigen verlangte, schoben die Altvorderen den Riegel. In einer

denkwürdigen Vorstandssitzung lehnte die Mutterpartei ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Schwesterpartei ab – notabene bis heute.

Dürr, der 2003 in den Grossen Rat gewählt wurde, zog die Konsequenzen und wechselte drei Jahre später die Partei. Die Reaktionen auf diesen Schritt waren heftig. Er handle egoistisch und sei getrieben von Ehrgeiz, wurde dem Jungpolitiker vorgeworfen. Dürr wolle Bundesrat werden und unterwerfe diesem Ziel alles. Die Frage nach den Bundesratsambitionen beantwortet er inzwischen so: «Wie alle rund 20 000 Hobbypolitiker in diesem Land habe ich mir das natürlich auch schon überlegt.» Dürres Parteiwechsel

scheint einigen Liberalen heute noch tief in den Knochen zu sitzen. Jedemfalls kritisierte der frühere Grossratspräsident Andreas Burckhardt den Kandidaten Dürr heftig: Er sei rechtshaberisch, nicht teamfähig und habe nicht offen darüber informiert, dass er zu 75 Tagen bedingt verurteilt wurde, weil er sich geweigert hatte, die Unteroffizierschule zu besuchen. Die Liberalen nominierten den Freisinnigen gleichwohl mit grossem Mehr. Dürr absolvierte im Übrigen nach seiner Verurteilung noch einen WK und ersuchte um den Wechsel in den Zivildienst, wo er die volle Dienstzeit absolvierte.

Kein Angst vor den Linken

Seit 2006 ist Dürr Präsident der Finanzkommission und erlangte mit seriöser Arbeit Ansehen bei Freund und Feind. SP-Grossrat Mustafa Atici, der ebenfalls in der Finanzkommission sitzt, bescheinigt dem Präsidenten eine hohe Fachkompetenz, gute Dossierkenntnisse und Kompromissbereitschaft. Atici gefällt besonders, dass Dürr auch FDP-fremde Ansichten vertritt, wie die Einführung des Ausländerstimmrechts. Sollte er Regierungsrat werden, müsste Dürr aber stärker als bisher die schwachen Mitglieder der Gesellschaft beachten. LDP-Grossrat Conradin Cramer, ein langjähriger Freund und Mitstreiter von Dürr, attestiert ihm eine «grosse Übersicht im Denken». Deshalb sei das Amt des Regierungspräsidenten «gar nicht so schlecht für ihn». Allerdings provozierte Dürr auch gerne. Gerade auf Facebook äusserte Dürr sich sehr direkt.

Dürr teilt Tisch und Bett mit einer SP-Frau. Er habe deswegen «keine Berührungängste vor den Linken», sagt er. Seine Partnerin sass vor Jahren im Grossen Rat und war im Gespräch als Regierungsratskandidatin. Das Paar hat einen Sohn. Beruflich ist Dürr Kommunikationsfachmann. Früher war er Mediensprecher beim Pharmakonzern Roche; 2008 baute er die Basler Filiale der Farner Consulting auf, die er heute leitet.

Classe politique



P. Reinacher W. Gartenmann

Pia Reinacher, Literaturkritikerin, begibt sich auf ungewohntes Terrain. In der jüngsten Ausgabe der «Weltwoche» veröffentlichte Reinacher eine Philippika gegen die Gebühren der SRG. Leser wunderten sich, weshalb sich die frühere Literaturchefin des «Tages-Anzeigers» überhaupt mit dem Thema befasst, zumal sie sich soweit im Archiv überblickbar noch nie mit politischen Fragen auseinandergesetzt hat. Ein Blick ins Firmenregister schafft Aufklärung: Reinacher ist Teilhaberin der Lobby-Agentur MC&P ihres Gatten Fredy Müller (Ex Economiesuisse). Die Agentur hatte bis vor kurzem ein Lobby-Mandat der mit der SRG konkurrierenden Verleger. Reinacher würde sicherlich zustimmen, wenn wir festhalten: Lesen erhellt Zusammenhänge – besonders, wenn die Lektüre das Firmenregister ist.

Werner Gartenmann, Texter, hat offenbar nicht nur für den Schweizer Volkswillen ein feines Gespür. Auf ein Abstimmungsplakat liess der Auns-Geschäftsführer und Kampagnenleiter folgenden Slogan schreiben: «Wir in Deutschland, Spanien, Griechenland, China, würden ja stimmen zur Staatsvertrags-Initiative!» Man habe eben leider nicht so viel Mittel zur Verfügung wie die Gegner, meinte Gartenmann leicht säuerlich bei Eröffnung des Abstimmungskampfs in Bern. Vermutlich hätte der Platz sonst auch noch für Nordkorea, Kuba und Vatikanstadt gereicht.

Standortwettbewerb

Fondueplausch und Expat-Blues



Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. In die Schweiz wandern Deutsche, Briten, Schweden, Amerikaner und Inder. Und Portugiesen, Kosovaren und Eritreer. Aber um die geht es hier nicht, sondern um die gut gebildeten Einwanderer aus Nordeuropa, Übersee und Asien. Man nennt sie gerne «Expats». «Expats» sind im Gegensatz zu «Menschen mit Migrationshintergrund» und «Asylsuchenden» Einwanderer, die uns und unserer Wirtschaft guttun. Sagt man.

Deshalb ist die Sorge um «Expats» zum festen Bestandteil der staatlichen Standortförderung geworden. Standortförderung und Standortwettbewerb wiederum sind die Bulldozer im Fahrzeugpark der politischen Argumentation. Wer den Standort fördert, tut Gutes, und wer den Standort Schweiz fördert, tut sehr Gutes.

Auch der Kanton Zürich weiss das. «Im Zusammenhang mit dem internationalen Standortwettbewerb ist die Förderung von Expat-Frauen sehr wichtig», sagt Julia Morais, die kantonale Beauftragte für Integrationsfragen. Expat-Frauen – das seien vor allem Frauen von Bankern, IT-Experten, Ärzten, Managern und Marketing-Fachleuten.

Seit einem Jahr bietet die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons

Zürich Begrüssungsapéros und Informationsveranstaltungen für «Expats» an. Zudem ist sie Anfang März eine Art Public-Private-Partnership mit dem Internetanbieter «zurich4you» eingegangen. Geld zahlt der Kanton nicht, aber Fachstelle und «zurich4you» weisen seither gemeinsam auf Veranstaltungen für gut gebildete Einwanderer – und deren Frauen hin.

Die erste der Veranstaltungen fand vor zweieinhalb Monaten statt und war so, wie man sich das vorstellte. Man lud ins Spezialtramp, fuhr unter Seinesgleichen die Sehenswürdigkeiten von Postkarten-Zürich ab und ass gutgelaunt Fondue à discrétion. Integriert waren vor allem die Brotwürfel im Käse.

Mittlerweile aber ist's ernster geworden. Julia Morais: «Bei uns haben sich Psychologen und Psychotherapeuten gemeldet und darauf hingewiesen, dass viele Expat-Frauen wegen psychischer Probleme, unter anderem wegen Depressionen, in ärztlicher Behandlung sind.» Deshalb mache man das jetzt zum Thema der nächsten Veranstaltung. «Wir möchten verhindern, dass Expat-Frauen vereinsamen und dann ihre hochqualifizierten Männer zur Rückkehr in ihr Heimatland drängen.» Ende Mai ist es so weit, an der Veranstaltung im Zürcher

Multikulti-Kreis 4 redet Martina Famos. Sie ist psychologische Beraterin mit Praxis in Zürich, hat als Klientinnen und Klienten «90 Prozent Expats» und sagt: «Viele Expats und vor allem viele Expat-Frauen kämpfen mit ähnlichen Problemen: Nach einer ersten euphorischen Phase in der Schweiz leiden sie unter Heimweh und Einsamkeit.» Das treffe vor allem auf Expat-Frauen zu, die ihren Beruf in der Heimat aufgegeben hätten, ihren erwerbstätigen Männern nachgereist seien und in der Schweiz keinen Job mehr hätten.

Martina Famos weiter: «Diese Frauen haben hier oft Mühe, ein neues soziales Umfeld aufzubauen. Viele von ihnen fühlen sich entfremdet, haben Versagensängste und stellen sich selbst zum Teil komplett infrage. Nicht zufällig gibt es im Englischen den Ausdruck des «Expat-Blues.»

Und was lernen wir daraus? Vor allem das: Zur staatlichen Standortförderung gehören nicht nur Steuerenkungen, Ausbau von Infrastruktur und Ausbau von Bildungsangebot. Dazu gehört auch der Kampf dem Expat-Blues. Deutsche, Britinnen, Schwedinnen, Amerikanerinnen und Inderinnen mit sonnigem Gemüt. Das ist ein wahrer Standortvorteil. Lukas Häuptli

SBB wollen wissen, wie sich Kunden fühlen

Fabian Fellmann

Pünktlichkeit, Sauberkeit, Preise, Sitzplätze: Die SBB wollen genauer wissen, wie die Bahnkunden diese Problemfelder wahrnehmen. Sie haben in den vergangenen zwei Monaten täglich mehrere hundert Kunden nach ihrer «subjektiven Einschätzung» gefragt, wie Sprecher Christian Ginsig sagt. Erstmals hat die SBB-Marktforschung zu diesem Zweck Stichproben aus jener Gruppe von Personen gezogen, die ihr Bahnbillet im Online-Shop – also am Computer oder per Mobiltelefon – gelöst haben.

Die SBB wollen damit bessere Auskunft darüber, wie die Kunden die Qualität einschätzen. Die neue Umfrage ergänzt die bisherige Messung der Qualität, wofür unter anderem 20 professionelle Testkunden seit drei Jahren auf dem SBB-Netz unterwegs sind. Die SBB-Marktforschung befragt zudem jährlich 18 000 Personen telefonisch über ihre Nutzung der Bahn. Allerdings ist dabei jeweils vieles unklar, etwa wie lange die letzte Zugreise der Befragten zurückliegt.

«Von der aktuellen Umfrage bei den Online-Kunden versprechen wir uns genauere Resultate als bisher», sagt SBB-Sprecher Ginsig. Die Online-Kunden wurden am Tag nach ihrer Reise angeschrieben, als die Eindrücke noch frisch waren. Die SBB wissen zudem exakt, auf welchen Zug sich die Rückmeldung bezieht. Mit Vorsicht zu geniessen sind die Resultate aber, weil Online-Kunden nicht repräsentativ sind für die Gesamtheit der SBB-Kundschaft. Die Auswertung soll in zwei Monaten vorliegen.

Sind die SBB zufrieden mit der Online-Testumfrage, werden sie künftig häufiger darauf zurückgreifen. Denkbar ist laut Ginsig, dass gezielt die Verhältnisse auf gewissen Linien – zum Beispiel auf der Parade Strecke Bern-Zürich – überprüft werden.